

Folgen eines zu hohen Tarifabschlusses

Interview Dr. Gerd Landsberg mit Handelsblatt online am 29.03.2012

Im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes haben die Kommunen für den Fall eines zu hohen Abschlusses drastische Konsequenzen angekündigt. „Wenn die Gewerkschaften eine unangemessene Tarifforderung durchsetzen, wird in den Städten und Gemeinden ein enormer Druck entstehen, weiter Personal abzubauen, Leistungen von private Unternehmen erledigen zu lassen, Privatisierungsprojekte voranzutreiben und Steuern, Gebühren und Abgaben zu erhöhen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, im Gespräch mit Handelsblatt Online. Viele Kommunen seien schon jetzt so hoch verschuldet, dass sie teilweise laufende Kosten durch immer neue Kassenkredite finanzieren müssten. Deshalb habe der Stand der Kassenkredite schon jetzt einen Höchststand von 44 Milliarden Euro erreicht. „Wenn jetzt weitere Milliardenbeträge für einen überzogenen Tarifabschluss finanziert werden müssen, geraten die Kommunen in eine ganz schwierige Lage“, warnte Landsberg.

Der Städtebund-Geschäftsführer schloss auch nicht aus, dass es infolge eines zu hohen Tarifabschlusses zu einer Privatisierungswelle in einzelnen Kommunen kommt. Das Personal sei zwar der wichtigste Faktor für eine leistungsstarke Verwaltung. Schon in der Vergangenheit seien die Stadtverwaltungen immer schlanker geworden und gerade jetzt erwarteten die Bürger mehr Erzieher, mehr Ordnungskräfte in der Öffentlichkeit und eine aktive Rolle der Städte und Gemeinden bei der Energiewende. „Konsequenterweise müsste also der Personalbestand eher aufgebaut als abgebaut werden“, sagte Landsberg.

Er fügte allerdings hinzu: „In dieser Situation werden die Kommunen dann gezwungen sein, zusätzliche Bereiche zu privatisieren, obwohl gerade die Mehrheit der Bürger nach den Erfahrungen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr Aufgaben durch die öffentliche Hand erfüllt haben will als weniger.“